

JÖRG DILGER

Die Regelungen
zur internationalen
Zuständigkeit in Ehesachen
in der Verordnung
(EG) Nr. 2201/2003

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

116

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

116

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Jörg Dilger

Die Regelungen zur
internationalen Zuständigkeit
in Ehesachen in der Verordnung
(EG) Nr. 2201/2003

Vergemeinschaftung, Anwendungsbereich
und insbesondere die Anknüpfung
an die Staatsangehörigkeit

Mohr Siebeck

Jörg Dilger, geboren 1969 in Waiblingen; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten zu Köln und Paris I (Panthéon-Sorbonne); LL.M. und Maîtrise en droit; 1994–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln; 2002/03 Promotion; seit 2003 Richter (Landgericht Bonn).

Bruessel-III@gmx.de

978-3-16-158386-5 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148399-5

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Dezember 2002 bei der Juristischen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation eingereicht. Sie ist weitgehend im Anschluss an meine langjährige Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für internationales und ausländisches Privatrecht der Universität zu Köln entstanden. Die Arbeit befasste sich ursprünglich mit der EheGVVO in ihrer Fassung aus dem Jahre 2000 und ist zum Zwecke der Veröffentlichung auf den Text der die EheGVVO ablösenden Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 (EheeVGVO) umgestellt worden; sie gibt damit für die hier behandelten Ehesachen sowohl die zu Beginn des Jahres 2004 geltende als auch die künftige Rechtslage wieder. Zum besseren Verständnis der zitierten – noch zur EheGVVO ergangenen – Rechtsprechung und Literatur finden sich im Anhang zwei Synopsen. Von der Veröffentlichung der in der EheGVVO noch als Annex mitgeregelten und ursprünglich in dieser Arbeit erläuterten Sorgerechtsverfahren wurde abgesehen. Diese sind von der Neufassung durch die EheeVGVO in besonderem Maße betroffen, so dass insofern eine Veröffentlichung noch im Jahre 2004 nicht mehr sinnvoll erschien.

Mein herzlicher Dank gilt all denjenigen, die mich fachlich und persönlich bei der Erstellung der vorliegenden Arbeit unterstützt haben.

Hier möchte ich mich in ganz besonderem Maße bei meinem verehrten Doktorvater Herrn Professor Dr. *Heinz-Peter Mansel* für die mannigfaltige Unterstützung bedanken, die er mir sowohl während als auch noch nach meiner Tätigkeit an seinem Lehrstuhl in Köln hat zuteil werden lassen. Er hat mich nicht nur in dem anlässlich meiner Teilnahme an den *Cours* der *Académie de droit international de La Haye* zum internationalen Privatrecht im Jahre 2000 gefassten Entschluss bestärkt, mich mit den Zuständigkeiten der seinerzeit gerade veröffentlichten EheGVVO zu befassen. Darüber hinaus hat er mein Augenmerk auf die Staatsangehörigkeitsanknüpfung gelenkt und seine Bewertung im Hinblick auf das gemeinschaftsrechtliche Diskriminierungsverbot angeregt; nicht nur dabei hat er mir uneingeschränkt als kritischer Ansprechpartner zur Verfügung gestanden.

Herrn Professor Dr. *Jürgen F. Baur* danke ich für die Übernahme des Korreferats und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Darüber hinaus danken möchte ich Herrn Rechtsanwalt Dr. *Marc Dietrich* aus Bonn, der die Last des Korrekturlesens auf sich genommen hat.

Ebenfalls herzlichen Dank sagen möchte ich den Direktoren des Max-Planck-Instituts für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Mein herzlicher Dank für langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit gilt überdies den Angehörigen des Kölner Instituts für internationales und ausländisches Privatrecht. Hier hat mir insbesondere Frau *Christine Budzikiewicz* als geduldige und kritische Gesprächspartnerin für viele gehaltvolle Diskussionen zur Verfügung gestanden.

Diese Arbeit wurde zu meiner Überraschung und großen Freude mit dem zweiten Promotionspreis 2004 der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln bedacht. Dieser gilt hierfür gleichermaßen mein Dank wie den Rechtsanwälten Cornelius · Bartenbach · Haesemann & Partner aus Köln, die diesen großzügigen Preis gestiftet haben.

An dieser Stelle ebenfalls Dank sagen möchte ich der Wilhelm-Westhaus-Stiftung für die finanzielle Unterstützung, die ich im Jahr 2002 durch sie erfahren habe.

Alles wäre anders gekommen ohne die von der deutsch-französischen Idee beseelte Weitsicht der Herren Professoren Dr. Dr. h.c. *Michel Fromont* und Dr. Dr. h.c. *Ulrich Hübner* sowie des viel zu früh verstorbenen Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Alexander Lüderitz*. Ihnen verdanken die Université de Paris I (Panthéon-Sorbonne) und die Universität zu Köln das Gelingen eines wunderbaren Studienganges, in dessen Rahmen ich zwei erfüllte Studienjahre in Paris verbringen durfte, die mich über die faszinierende Vorlesung des Herrn Professor Dr. *Paul Lagarde* mit dem internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht in Berührung gebracht haben. Ihnen allen gilt mein aufrichtiger Dank.

Studium, Promotion und Vieles mehr wären nicht möglich gewesen ohne meine geliebten Eltern, die mir in meinen Vorhaben immer den nötigen Rückhalt gegeben und mich stets unterstützt haben. Ihnen ist diese Arbeit als Ausdruck meines innigsten Dankes gewidmet.

Last but not least besonders danken möchte ich meiner Verlobten *Annette Kirsten*, deren Lebensfreude und Liebe mir die nötige Kraft und Ausdauer gegeben hat, um diese Arbeit zu schreiben und noch in den Jahren 2003/04 parallel zu meiner richterlichen Tätigkeit zu überarbeiten. Darüber hinaus hat sie mir in computertechnischer Hinsicht sowie beim Korrekturlesen unschätzbare Hilfe geleistet, ohne die mir die zügige Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis.....	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
§ 1 Einleitung.....	1
I. Allgemeines.....	1
II. Gang der Darstellung.....	5
§ 2 Entstehung der EheGVVO/EheeVGVVO	7
I. Entstehungsgeschichte	7
1. Die Ausgangslage und Vorgeschichte.....	7
2. Zur Entstehung der EheGVVO/EheeVGVVO.....	18
II. „Vergemeinschaftung“ durch Säulenwechsel	27
1. Die Folgen des „Säulenwechsels“ für das Rechtssetzungsver- fahren.....	27
2. Wechsel der Handlungsform	29
3. Rechtsanwendung.....	30
4. Zur Tragfähigkeit der Artt. 61 lit. c), 65 lit. a) 3. Spiegelstr., 67 EGV als Rechtsgrundlage für die EheGVVO/EheeVGVVO ...	45
5. Folgen für das Kompetenzgefüge	62
§ 3 Der Anwendungsbereich der EheeVGVVO	75
I. Sachlicher Anwendungsbereich: Verfahren in Ehesachen	75
1. Allgemeines	75
2. Zum Ehebegriff der EheeVGVVO.....	78
3. „Ehesachen“ i.S.d. Art. 1 EheeVGVVO	106
II. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	120
1. Räumlicher Anwendungsbereich	120
2. Persönlicher Anwendungsbereich.....	121
III. Zeitlicher Anwendungsbereich	125
1. Anwendbarkeit der Zuständigkeitsregeln (Art. 64 Abs. 1 Ehe- eVGVVO).....	125

2. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen (Art. 64 EheeVG VVO).....	130
§ 4 Die Regelungen der Entscheidungszuständigkeit.....	135
I. Allgemeines.....	135
1. Gegenstand der Regelungen zur Entscheidungszuständigkeit.....	135
2. Anknüpfungsmomente.....	136
3. Charakteristika der Zuständigkeiten.....	153
4. Maßgebender Zeitpunkt für das Vorliegen der Zuständigkeits- kriterien.....	155
II. Die Zuständigkeitstitel in Ehesachen	159
1. Aufenthaltzuständigkeit	161
2. Staatsangehörigkeit (/domicile)	182
3. Umwandlungszuständigkeit (Art. 5 EheeVG VVO).....	188
4. Gerichtsstand des Gegenantrags, Art. 4 EheeVG VVO	192
III. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Rechts.....	194
1. Altfälle (Art. 42 Abs. 1 EheGVVO).....	194
2. Restzuständigkeiten i.S.d. Art. 7 Abs. 1 EheeVG VVO	195
3. Eilmaßnahmen (Art. 20 EheeVG VVO).....	208
IV. Prüfung der Zuständigkeit und der Zulässigkeit des Verfahrens	226
1. Prüfung der Zuständigkeit (Art. 17 EheeVG VVO)	226
2. Prüfung der Zulässigkeit (Art. 18 EheeVG VVO).....	230
3. Forum non conveniens.....	232
V. Rechtshängigkeit (Art. 19 EheeVG VVO).....	235
1. Voraussetzungen des Art. 19 EheeVG VVO	237
2. Rechtsfolgen der ausländischen Rechtshängigkeit für das Ver- fahren vor dem später angerufenen Gericht.....	252
§ 5 Die Anknüpfung der Entscheidungszuständigkeit an die Staatsangehörigkeit	265
I. Abnehmende Bedeutung der Staatsangehörigkeitsanknüpfung	266
1. Internationales Privatrecht.....	266
2. Internationales Zuständigkeitsrecht	270
II. Vergleich von Art. 3 EheeVG VVO mit § 606a ZPO	274
1. § 606a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZPO.....	274
2. Art. 3 Abs. 1 lit. b) EheeVG VVO	278
3. Fazit.....	281
III. Vereinbarkeit mit Art. 6 GG	283
1. Die These von Rauscher	283
2. Grundrechte des Grundgesetzes als Prüfungsmaßstab?	284
3. Zwischenergebnis.....	294

IV. Staatsangehörigkeitsanknüpfung und Diskriminierungsverbot (Art. 12 EGV).....	294
1. Überblick und Meinungsstand.....	295
2. Zum Geltungsbereich des allgemeinen Diskriminierungsverbots des Art. 12 Abs. 1 EGV.....	297
3. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 EGV.....	302
4. Zwischenergebnis und Rechtsfolgen.....	324
V. Sonstige Probleme.....	324
1. Doppel- und Mehrstaater.....	325
2. Flüchtlinge und Staatenlose.....	348
3. Fazit.....	353
§ 6 Schlussbetrachtung.....	355
I. Rechtliche Würdigung und Zusammenfassung.....	355
II. Ausblick.....	363
Literaturverzeichnis.....	367
Synopsen.....	397
Entsprechungstabelle/1: Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 zur Verordnung (EG) Nr. 2201/2003.....	397
Entsprechungstabelle/2: Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 zur Verordnung (EG) Nr. 1347/2000.....	398
Stichwortverzeichnis.....	399

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXV
§ 1 Einleitung.....	1
I. Allgemeines.....	1
II. Gang der Darstellung.....	5
§ 2 Entstehung der EheGVVO/EheeVGVVO	7
I. Entstehungsgeschichte	7
1. Die Ausgangslage und Vorgeschichte.....	7
a) Multilaterale Abkommen	7
aa) Das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungs- übereinkommen (EuGVÜ).....	8
bb) Haager Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970.....	9
cc) Das Haager Minderjährigenschutzübereinkommen vom 5. Oktober 1961 (MSÜ) und das Kinderschutzüberein- kommen vom 19. Oktober 1996 (KSÜ)	12
dd) Europäisches Sorgerechtsübereinkommen vom 20. Mai 1980	14
ee) Haager Kindesentführungsübereinkommen vom 25. Oktober 1980 (HKEntfÜ)	15
b) Bilaterale Abkommen	15
c) Zwischenergebnis	16
2. Zur Entstehung der EheGVVO/EheeVGVVO.....	18
a) „Heidelberger Entwurf“	19
b) Übereinkommen über die Zuständigkeit und die Anerken- nung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen vom 28. Mai 1998	19
c) Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 vom 29. Mai 2000	21
aa) Verordnungsvorschlag vom 4. Mai 1999	21
bb) Geänderter Verordnungsvorschlag vom 17. März 2000	22
cc) Verordnung (EG) Nr. 1347/2000	23
d) Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 vom 27. November 2003	24

II. „Vergemeinschaftung“ durch Säulenwechsel	27
1. Die Folgen des „Säulenwechsels“ für das Rechtssetzungsverfahren	27
2. Wechsel der Handlungsform	29
3. Rechtsanwendung	30
a) Einheitliches In-Kraft-Treten	31
b) Auslegung	32
aa) Vorabentscheidungsverfahren (Art. 234 EGV)	33
aaa) Konkretes Vorabentscheidungsverfahren (Art. 68 Abs. 1 EGV)	33
bbb) Abstraktes Vorabentscheidungsverfahren (Art. 68 Abs. 3 EGV)	34
bb) Auslegungsmethode	35
aaa) Grundsatz der verordnungsautonomen Auslegung	35
bbb) Auslegungskriterien des Gemeinschaftsrechts	37
c) Sonderstatus des Vereinigten Königreichs, Irlands und Dänemarks	40
4. Zur Tragfähigkeit der Artt. 61 lit. c), 65 lit. a) 3. Spiegelstr., 67 EGV als Rechtsgrundlage für die EheGVVO/EheeVGVVO	45
a) Bezug zum freien Personenverkehr	46
b) Bezug zum Binnenmarkt	47
Exkurs zur sachlichen Reichweite der Kompetenz	53
Exkurs Ende	56
c) Grenzüberschreitender Sachverhalt	56
d) Allgemeine Grenzen	56
aa) Subsidiaritätsgrundsatz (Art. 5 Abs. 2 EGV)	57
bb) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (Art. 5 Abs. 3 EGV)	59
e) Zwischenergebnis	61
5. Folgen für das Kompetenzgefüge	62
a) Beziehungen zwischen den EheGVVO/EheeVGVVO-Mitgliedstaaten	62
b) Außenkompetenz	63
aa) Die „AETR“-Rechtsprechung des EuGH als Ausgangspunkt	63
bb) Verträge mit Drittstaaten	65
aaa) Restzuständigkeiten (Art. 8 EheGVVO/Art. 7 EheeVGVVO)	65
bbb) Anerkennung und Vollstreckung	66
(1) Mitgliedstaatliche Entscheidungen	66
(a) Wortlaut des Art. 16 EheGVVO	67
(b) Entstehungsgeschichte des Art. 16 EheGVVO	67

(c) Erklärungen des Rates und der Kommission.....	68
(d) Vergleich mit Art. 72 EuGVVO.....	69
(e) Zwischenergebnis.....	70
(aa) Vor Erlass der EheGVVO abgeschlossene Übereinkünfte.....	70
(bb) Abschlusskompetenz für Übereinkünfte nach In-Kraft-Treten der EheGVVO.....	70
(2) Anerkennung drittstaatlicher Entscheidungen.....	72
c) Zwischenergebnis.....	73
§ 3 Der Anwendungsbereich der EheGVVO.....	75
I. Sachlicher Anwendungsbereich: Verfahren in Ehesachen.....	75
1. Allgemeines.....	75
2. Zum Ehebegriff der EheGVVO.....	78
a) Allgemeines.....	78
aa) „Ehe“ im deutschen Recht.....	78
bb) Rechtsvergleichender Überblick.....	79
b) „Nichteheliche“ Lebensgemeinschaften.....	81
aa) Nichtregistrierte Lebensgemeinschaften.....	81
bb) Registrierte Lebensgemeinschaften.....	82
aaa) Entstehungsgeschichte der EheGVVO.....	89
bbb) Maßnahmenprogramm des Rates.....	89
ccc) Restriktives Verständnis des EuGH.....	90
ddd) Unzureichende Konvergenz der mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen.....	91
c) Sonderformen der Ehe.....	92
aa) Polygame Ehe (Mehrehe).....	92
bb) Gleichgeschlechtliche Ehe.....	97
aaa) Entstehungsgeschichte der EheGVVO.....	97
bbb) Inhaltliche Ausgestaltung der gleichgeschlechtlichen Ehe.....	99
ccc) Mangel an gemeinsamen Rechtsgrundsätzen.....	99
Exkurs zur kollisionsrechtlichen Behandlung der gleichgeschlechtlichen Ehe.....	100
Exkurs Ende.....	104
d) Zwischenergebnis.....	104
3. „Ehesachen“ i.S.d. Art. 1 EheGVVO.....	106
a) Feststellungsklagen.....	107
aa) Meinungsstand.....	107
aaa) Erfassung positiver und negativer Feststellungsklagen.....	108

(1) Normzweck	108
(2) Einbeziehung kraft „Sachzusammenhangs“	109
(3) Klage auf Feststellung des Rechts zum Getrenntleben (negative Herstellungsklage)	109
bbb) Ausklammerung sämtlicher Feststellungsklagen	110
(1) Wortlaut des Art. 1 Abs. 1 lit. a) EheVGVO	110
(2) Mängel der Eheschließung	110
(3) Systemwidrigkeit der positiven Feststellungsklage	111
ccc) Einbeziehung nur negativer Feststellungsklagen	111
bb) Stellungnahme	111
aaa) Wortlaut der EheVGVO	111
bbb) Systemwidrigkeit der positiven Feststellungsklage	112
(1) Diametral entgegengesetzte Zielsetzung der positiven Feststellungsklage	112
(2) Abgewiesene positive Feststellungsklage	113
ccc) Negative Feststellungsklage	116
(1) Verordnungszweck	116
(2) Materielle rechtliche Unterschiede bei zur Unwirksamkeit der Ehe führenden Ehemängeln	118
ddd) Zwischenergebnis	119
b) Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens	120
II. Räumlich-persönlicher Anwendungsbereich	120
1. Räumlicher Anwendungsbereich	120
2. Persönlicher Anwendungsbereich	121
a) Zuständigkeitsregeln	121
aa) Zuständigkeit	121
bb) Rechtshängigkeit gemäß Art. 19 EheVGVO	123
b) Anerkennungs- und Vollstreckungsregeln	124
III. Zeitlicher Anwendungsbereich	125
1. Anwendbarkeit der Zuständigkeitsregeln (Art. 64 Abs. 1 EheVGVO)	125
a) Maßgeblichkeit der lex fori	126
b) Ordnungsautonome Auslegung	126
c) Stellungnahme	127
d) Doppelte Rechtshängigkeit	129
2. Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen (Art. 64 EheVGVO)	130
a) Ab dem 1. März 2005 eingeleitete Verfahren	130
b) Vor dem 1. März 2005 eingeleitete Verfahren	130
aa) Nach dem 1. März 2005 abgeschlossene Verfahren (Art. 64 Abs. 2 EheVGVO)	130

aaa) Der Begriff und Zeitpunkt des „Ergehens der Entscheidung“	131
bbb) Übereinstimmung der Zuständigkeitsregeln mit denen der EheVGVO	131
bb) Vor dem 1. März 2005 abgeschlossene Verfahren (Art. 64 Abse. 3, 4 EheVGVO)	132
aaa) Nach dem 1. März 2001 abgeschlossene Verfahren	132
bbb) Vor dem 1. März 2001 abgeschlossene Verfahren („Altfälle“)	132
§ 4 Die Regelungen der Entscheidungszuständigkeit	135
I. Allgemeines	135
1. Gegenstand der Regelungen zur Entscheidungszuständigkeit	135
2. Anknüpfungsmomente	136
a) Gewöhnlicher Aufenthalt	137
aa) Verzicht des europäischen Gesetzgebers auf eine Definition des „gewöhnlichen Aufenthalts“	138
bb) Leitlinien für eine verordnungsautonome Begriffsfestlegung	139
aaa) Kein Rückgriff auf den Wohnsitzbegriff des EU-GH	139
bbb) Empfehlung des Europarates zur Vereinheitlichung u.a. des „(gewöhnlichen) Aufenthalts“ vom 18. Januar 1972	141
(1) Physische Präsenz	142
(2) Der Wortgehalt des Beiwortes „gewöhnlich“	142
(a) Internationalprivatrechtlicher Gehalt des „gewöhnlichen Aufenthalts“	142
(aa) Aufenthaltsdauer	143
(bb) Aufenthaltswille (animus manendi)	146
(b) Funktionale (verfahrensrechtliche) Auslegung des Begriffs „gewöhnlicher Aufenthalt“	148
b) Staatsangehörigkeit	152
3. Charakteristika der Zuständigkeiten	153
a) Ausschließlicher Charakter der Zuständigkeitsanknüpfung ...	153
b) Objektive Anknüpfungsmomente	154
4. Maßgebender Zeitpunkt für das Vorliegen der Zuständigkeitskriterien	155
a) Fehlen der Zuständigkeitsvoraussetzungen im Entscheidungszeitpunkt	156

b) Vorliegen der Zuständigkeitsvoraussetzungen im Entscheidungszeitpunkt.....	157
II. Die Zuständigkeitstitel in Ehesachen	159
1. Aufenthaltzuständigkeit	161
a) Gewöhnlicher Aufenthalt beider Ehegatten	161
aa) Gegenwärtiger gewöhnlicher Aufenthalt.....	161
bb) Letzter gewöhnlicher Aufenthalt.....	165
b) Gewöhnlicher Aufenthalt des Antragsgegners.....	168
c) Gewöhnlicher Aufenthalt eines der Ehegatten im Falle eines gemeinsamen Antrages.....	170
d) Gewöhnlicher Aufenthalt nur des Antragsstellers (forum actoris).....	174
aa) Hintergrund und Rechtsvergleichung.....	174
bb) Aufenthaltsdauer von mindestens einem Jahr (Art. 3 Abs. 1 lit. a), 5. Spiegelstr. EheVGVO).....	175
cc) Durch Staatsangehörigkeit qualifizierter gewöhnlicher Aufenthalt (Art. 3 Abs. 1 lit. a), 6. Spiegelstr. EheVGVO).....	180
2. Staatsangehörigkeit (/domicile)	182
a) Staatsangehörigkeit als eigener Zuständigkeitstitel.....	182
b) Domicile	183
3. Umwandlungszuständigkeit (Art. 5 EheVGVO).....	188
4. Gerichtsstand des Gegenantrags, Art. 4 EheVGVO	192
III. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Rechts.....	194
1. Altfälle (Art. 42 Abs. 1 EheVGVO).....	194
2. Restzuständigkeiten i.S.d. Art. 7 Abs. 1 EheVGVO	195
a) Anwendbarkeit des Art. 6 EheVGVO	196
aa) Unklare Reichweite des in Art. 6 EheVGVO statuierten Vorrangs der Zuständigkeitsregelungen der EheVGVO	196
aaa) Mindermeinung: Umfassender Ausschluss autonomen Zuständigkeitsrechts.....	197
bbb) Gegenauffassung und Stellungnahme: Möglichkeit eines Rückgriffs auf autonomes Zuständigkeitsrecht im Heimatstaat des Antragsgegners/Beklagten	199
bb) Einzelne Konsequenzen.....	200
aaa) Kongruenz der in Artt. 3 und 6 EheVGVO aufgeführten Anknüpfungsmomente.....	200
bbb) Bezugspunkt für die Ermittlung des „anderen Mitgliedstaats“ i.S.d. Art. 6 EheVGVO	202
ccc) Denkbare Hypothesen für einen Rückgriff auf autonomes Zuständigkeitsrecht	204

b)	Restzuständigkeiten strictu sensu (Art. 7 EheVGVO).....	205
aa)	Art. 7 Abs. 1 EheVGVO	205
bb)	Die Inländergleichbehandlung von EU-Ausländern (vgl. Art. 7 Abs. 2 EheVGVO).....	207
3.	Eilmaßnahmen (Art. 20 EheVGVO).....	208
a)	Zuständigkeitsystem	209
b)	Anwendungsvoraussetzungen	211
aa)	Dringlichkeit	211
bb)	Gebietsbezug der einstweiligen Maßnahmen	211
c)	Definition und Gegenstand der einstweiligen Maßnahmen	212
aa)	Verordnungsautonome Definition des EuGH („Reichert“) zu Art. 24 EuGVÜ	212
bb)	Bedürfnis für eine EheVGVO-spezifische Auslegung?	213
aaa)	Meinungsstand.....	213
bbb)	Stellungnahme: Beschränkung auf den sachlichen Anwendungsbereich der EheVGVO	215
(1)	Wortlaut des Art. 20 Abs. 1 EheVGVO.....	215
(2)	„De Cavel“-Rechtsprechung des EuGH	216
(a)	Keine Einbeziehung „kraft Akzessorietät“ zum Hauptsacheverfahren.....	216
(b)	Friktionen mit Staatsverträgen (vgl. Art. 62 Abs. 1 EheVGVO)	218
(3)	Zum Kriterium der Zweckdienlichkeit.....	218
(4)	Zwischenergebnis.....	219
d)	Territoriale Reichweite einstweiliger Maßnahmen gemäß Art. 20 EheVGVO.....	219
aa)	Rechtslage im EuGVÜ (jetzt EuGVVO).....	220
bb)	Rechtslage unter der EheVGVO.....	222
aaa)	Wortlaut des Art. 20 Abs. 1 EheVGVO	222
bbb)	Enger „Entscheidungs“-Begriff der EheVGVO... ..	223
ccc)	Zwischenergebnis	224
e)	Außer-Kraft-Treten	225
IV.	Prüfung der Zuständigkeit und der Zulässigkeit des Verfahrens	226
1.	Prüfung der Zuständigkeit (Art. 17 EheVGVO)	226
2.	Prüfung der Zulässigkeit (Art. 18 EheVGVO).....	230
3.	Forum non conveniens	232
V.	Rechtshängigkeit (Art. 19 EheVGVO)	235
1.	Voraussetzungen des Art. 19 EheVGVO.....	237
a)	Identität des Streitgegenstandes	237
aa)	Identität des Streitgegenstandes und abhängige Verfahren nach Art. 11 EheVGVO.....	238

bb) Identität des Streitgegenstandes nach Art. 19 Abs. 1 EheeVGVVO	243
b) Die Festlegung des Zeitpunkts der Rechtshängigkeit.....	246
aa) Der Zeitpunkt der Rechtshängigkeit.....	246
aaa) Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 7. Juni 1984 (Zelger/Salinitri)	246
bbb) Art. 16 EheeVGVVO	248
bb) Prüfungskompetenz	249
c) Keine Anerkennungsprognose	250
d) Rechtshängigkeit in einem Drittstaat	251
2. Rechtsfolgen der ausländischen Rechtshängigkeit für das Verfahren vor dem später angerufenen Gericht.....	252
a) Aussetzung des Verfahrens von Amts wegen	252
aa) Keine Prüfung der internationalen Zuständigkeit des erst angerufenen Gerichts durch das zweitangerufene Gericht	254
bb) Grundsätzlich zeitlich unbegrenzte Aussetzungspflicht... ..	257
b) „Unzuständigerklärung“/Prozessabweisung.....	260
c) Art. 19 Abs. 3 Satz 2 EheeVGVVO.....	261
§ 5 Die Anknüpfung der Entscheidungszuständigkeit an die Staatsangehörigkeit	265
I. Abnehmende Bedeutung der Staatsangehörigkeitsanknüpfung	266
1. Internationales Privatrecht	266
2. Internationales Zuständigkeitsrecht	270
II. Vergleich von Art. 3 EheeVGVVO mit § 606a ZPO	274
1. § 606a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZPO.....	274
a) Staatsangehörigkeitszuständigkeit (1. Alt.).....	275
b) Antrittszuständigkeit (2. Alt.).....	276
2. Art. 3 Abs. 1 lit. b) EheeVGVVO	278
a) Gemeinsamkeiten mit § 606a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZPO.....	279
b) Unterschiede	279
3. Fazit	281
III. Vereinbarkeit mit Art. 6 GG	283
1. Die These von Rauscher	283
2. Grundrechte des Grundgesetzes als Prüfungsmaßstab?	284
a) Solange II-Rechtsprechung des BVerfG	284
b) Der Europäische Grundrechtsstandard.....	287
aa) Gemeinschaftsgrundrechtliche Rechts(erkennnis)quellen	287
bb) Kein gemeinschaftsrechtlich gewährleistetes Grundrecht auf zeitnahe Ehescheidung.....	288
aaa) Der Fall Johnston u. a./Irland	289

bbb) Annahme eines gemeinschaftsrechtlichen Rechts auf zeitnahe Ehescheidung?	290
c) Kein Eingreifen des Solange II-Vorbehalts	291
3. Zwischenergebnis	294
IV. Staatsangehörigkeitsanknüpfung und Diskriminierungsverbot (Art. 12 Abs. 1 EGV)	294
1. Überblick und Meinungsstand	295
a) Problemstellung im Rahmen des Art. 3 EheVG VVO	295
b) Meinungsstand	295
2. Zum Geltungsbereich des allgemeinen Diskriminierungsver- bots des Art. 12 Abs. 1 EGV	297
a) Spezielle Diskriminierungsverbote / Grundfreiheiten	297
b) Anwendungsbereich des EG-Vertrages	299
3. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 EGV	302
a) Offene Diskriminierung (Staatsangehörigkeit)	303
aa) Vorliegen einer tatbestandlichen Ungleichbehandlung	303
aaa) Staatsangehörigkeit als aufenthaltsqualifizierendes Merkmal (Art. 3 Abs. 1 lit. a, 6. Spiegelstr. Ehe- VG VVO)	303
bbb) Staatsangehörigkeit als eigener Zuständigkeitstitel (Art. 3 Abs. 1 lit. b EheVG VVO)	304
(1) Meinungsstand	304
(2) Stellungnahme	305
ccc) Zwischenergebnis	308
bb) Rechtfertigung	308
aaa) Keine sachliche Rechtfertigung des Art. 3 Abs. 1 lit. a), 6. Spiegelstr. EheVG VVO	309
bbb) Sachliche Rechtfertigung des Heimatgerichtsstan- des (Art. 3 Abs. 1 lit. b EheVG VVO)	311
(1) Gleichlauf von internationaler Zuständigkeit und anwendbarem Recht	311
(a) Ablehnung des Gleichlaufgedankens durch Hau	312
(b) Stellungnahme	312
(aa) Zur Intention des Gesetzgebers	312
(bb) Gleichlauf der internationalen Zu- ständigkeit mit anwendbarem Recht: Zur Zulässigkeit der Staatsangehörig- keitsanknüpfung	313
(2) Keine Unverhältnismäßigkeit des „Heimat- fluchtgedankens“	320
cc) Zwischenergebnis und Rechtsfolgen	321
b) Versteckte Diskriminierung (domicile)	322

c) Sonderproblem: Dänische Staatsangehörige und Restzuständigkeiten.....	323
4. Zwischenergebnis und Rechtsfolgen.....	324
V. Sonstige Probleme	324
1. Doppel- und Mehrstaater	325
a) Ursachen der doppelten bzw. mehrfachen Staatsangehörigkeit	325
b) Problemstellung i.R.d. EheVG VVO	328
c) Rechtliche Handhabung	329
aa) Meinungsstand	329
aaa) Rückgriff auf die lex fori.....	330
Exkurs: Rechtsvergleichender Überblick betreffend die Behandlung von Mehrstaaten im internationalen Zivilverfahrensrecht	330
(1) Doppel- bzw. Mehrstaater und Entscheidungszuständigkeit im autonomen internationalen Zivilverfahrensrecht	330
(2) Mehrstaater und staatsvertraglich geregelte internationale Entscheidungszuständigkeit.....	333
Exkurs Ende.....	335
bbb) Verordnungsautonome Lösung.....	335
bb) Inhalt einer verordnungsautonomen Vorgehensweise.....	335
aaa) Ausgangspunkt.....	336
bbb) Charakteristika einer verordnungsautonomen Vorgehensweise	338
(1) Ausschluss jeglicher Effektivitätsprüfung.....	338
(2) Gleichrangigkeit aller mitgliedstaatlicher Staatsangehörigkeiten.....	340
(3) Vorrang mitgliedstaatlicher gegenüber drittstaatlicher Staatsangehörigkeiten	343
ccc) Konsequenzen.....	344
(1) Zugehörigkeit zu einem Mitglieds- und zu einem Drittstaat	344
(2) Zugehörigkeit zu zwei Mitgliedstaaten	345
d) Exkurs: Doppelter gewöhnlicher Aufenthalt.....	346
2. Flüchtlinge und Staatenlose	348
a) Flüchtlinge und Staatenlose im internationalen Privatrecht ...	348
b) Flüchtlinge und Staatenlose im internationalen Zivilverfahrensrecht	349
c) Flüchtlinge und Staatenlose in der EheVG VVO	350
3. Fazit.....	353
§ 6 Schlussbetrachtung	355

I. Rechtliche Würdigung und Zusammenfassung.....	355
II. Ausblick	363
Literaturverzeichnis.....	367
Synopsen	397
Entsprechungstabelle/1: Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 zur Verordnung (EG) Nr. 2201/2003	397
Entsprechungstabelle/2: Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 zur Verordnung (EG) Nr. 1347/2000	398
Stichwortverzeichnis	399

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
AB	Wet houdende algemene bepalingen der wetgeving van het Koninkrijk v. 15. Mai 1829 (Niederlande)
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
A.C.	Law Reports, Appeal Cases
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis / Pratique Juridique Actuelle
All. E.R.	All England Law Reports
a.M.	anderer Meinung
AmtsG	Amtsgericht
Anm.	Anmerkung
Art., Artt.	Artikel
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz) vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354) in der Fassung des StAG vom 15. Juli 1999 (BGBl. I S. 1618)
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Union auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz) vom 19. Februar 2001 (BGBl. I S. 288, 436), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 30. Januar 2002 (BGBl. I S. 564)
B/B/P/S	Beutler/Bieber/Pipkorn/Streil
Bd., Bde.	Band, Bände
BegrRegE	Begründung zum Regierungsentwurf
belg.	belgisch(e, er, es)
Bem.	Bemerkung(en)
Beschl.	Beschluss
Bespr., bespr.	Besprechung, besprochen
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGBl. S. 195) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 43)

BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
B/L/A/H	Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann
BR-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
Bull.	Bulletin des arrêts de la Cour de Cassation (Frankreich)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	Burgerlijk Wetboek (Niederlande)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C.A.	Court of Appeal
Cah. dr. eur.	Cahiers de droit européen
c. civ.	Code civil, codice civile (belg. = belgischer; frz. = französischer; it. = italienischer)
C.I.J.	Cour Internationale de Justice
C.I.J. Recueil	Cour Internationale de Justice, Recueil des arrêts, avis consultatifs et ordonnances
c. judiciaire	code judiciaire (Belgien)
Clunet	Journal du droit international (siehe auch unter J.D.I.)
CMLR	Common Market Law Review
D.	Dalloz, Recueil Dalloz/Sirey
dän.	dänisch
ders.	derselbe
der. int. priv.	derecho internacional privado
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
dir. int. priv.	diritto internazionale privato
Diss.	Dissertation
DMPA	Domicile and Matrimonial Proceedings Act (Großbritannien)
doctr.	doctrine
dr. i. p.	droit international privé
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVOEheG	Verordnung vom 25. Oktober 1941 zur Durchführung und Ergänzung des Ehegesetzes und zur Vereinheitlichung des internationalen Familienrechts (RGBl. I S. 654; Vierte Durchführungsverordnung zum Ehegesetz – 4. DVOEheG)
ebd.	ebendort
EF-Slg.	Ehe- und familienrechtliche Entscheidungen (Österreich)
EG	Einführungsgesetz, Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in der Fas-

	sung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, ber. 1997 I S. 1061)
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951 (BGBl. 1952 II, S. 447), außer Kraft seit dem 23. Juli 2002
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766)
EheeVGVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABl. EG Nr. L 338, S. 1 (v. 23.12.2003)
EheGVVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten, ABl. EG Nr. L 160, S. 19 (v. 30.06.2000 [„Brüssel II“])
EheschIRG	Gesetz zur Neuordnung des Eheschließungsrechts (Eheschließungsrechtsgesetz) vom 4. Mai 1998 (BGBl. I S. 833).
Einl.	Einleitung
ELR	European Law Reporter
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685, 953)
engl.	englisch (e, er, es)
ERA-Forum	ERA-Forum – scripta iuris europaei (Europäische Rechtsakademie Trier)
EU	Europäische Union
EuBVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- und Handelssachen, ABl. EG Nr. L 174, S. 1 ff. (v. 27.6.2001 [EuBVO])
EuG	Europäisches Gericht (= Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitschrift
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968 (BGBl. 1972 II S. 774) in der Fassung des 4. Beitrittsübereinkommens vom 29.11.1996 (BGBl. 1998 II S. 1411)
EuGVVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in

	Zivil- und Handelssachen, ABl. EG Nr. L 12, S. 1 (v. 16.01.2001 [„Brüssel I“])
EuInsVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren, ABl. EG Nr. L 160, S. 1 ff. (v. 30.6.2000 [EuInsVO])
EuLF (D)	The European Legal Forum (deutschsprachige Ausgabe)
EuR	Europa-Recht
Eur. L. Rev.	European Law Review
Eur. Rev. Priv. L.	European Review of Private Law
EuVerf-E	Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa (Europäischer Verfassungsentwurf), abgedr. in EuGRZ 2003, S. 357 ff., 389 ff.
EuZVO	(Europäische) Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29.5.2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten, ABl. EG Nr. L 160, S. 37 (v. 30.6.2000)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19. Juni 1980 (BGBl. 1986 II S. 810 [EVÜ]) i.d.F. des 3. Beitrittsübereinkommens vom 29. November 1996 (BGBl. 1999 II S. 7).
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f., ff.	folgende
Fam.	Law Reports, Family Division
Familia	Familia – Rivista di diritto della famiglia e delle successioni in Europa
Fam. Law	Family Law
FAMPRA.ch	Die Praxis des Familienrechts
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FF	Forum Familien- und Erbrecht
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 (RGBl. 1898 S. 189) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. 1898 S. 771)
fin.	finnisch (e, er, es)
FJR	Familie- en Jeugdrecht
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft und Recht
frz.	französisch(e, er, es)
FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht
G.	Gesetz
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GBI.	Gesetzblatt
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom

	23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)
GPR	Zeitschrift für Gemeineuropäisches Privatrecht
griech.	griechisch (e, er, es)
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077)
Hdb.	Handbuch
H.L.	House of Lords
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HUntÜ 1956	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht vom 24. Oktober 1956 (BGBl. 1961 II S. 1013 [Haager Unterhaltsübereinkommen])
HUntÜ 1973	Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973 (BGBl. 1986 II S. 837 [Haager Unterhaltsübereinkommen])
HZÜ	Haager Übereinkommen über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handelssachen vom 15. November 1965 (BGBl. 1977 II S. 1453 [Haager Zustellungsübereinkommen])
i.d.F.	in der Fassung
IHR	Internationales Handelsrecht
insbes.	insbesondere
Int. Comp. L. Q.	International and Comparative Law Quarterly
IPR	Internationales Privatrecht, Internationaal Privaatrecht
IPRG	IPR-Gesetz; Gesetz über das internationale Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.S.d.	im Sinne des
ital.	italienisch(e, er)
i.V.m.	in Verbindung mit
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J.C.P.	La Semaine Juridique, édition générale
J.D.I.	Journal du droit international (auch Clunet)
JN	Jurisdiktionsnorm (Österreich; Gesetz vom 1. August 1895 über die Ausübung der Gerichtsbarkeit und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtssachen)
JR	Juristische Rundschau
J. Trib.	Journal des Tribunaux (Belgien)
J. Trib. dr. eur.	Journal des Tribunaux – Droit européen (Belgien)
Jura	Juristische Ausbildung
Juris-Cl.	Jurisclasseur Périodique

JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KEntfÜ	Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung vom 25. Oktober 1980 (BGBl. 1990 II S. 207 [Kindesentführungsübereinkommen])
KindRG	Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts vom 16. Dezember 1997 (BGBl. 1997 I S. 2942 [Kindschaftsrechtsreformgesetz])
KindRÄG	Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz vom 29. Dezember 2000 (BGBl. 2000 I S. 135 [Österreich])
KOM	Europäische Kommission
krit.	kritisch
KSÜ	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern vom 19. Oktober 1996 (Kinderschutzübereinkommen)
La Ley	La Ley: revista jurídica española de doctrina, jurisprudencia y bibliografía
lit., litt.	litera, literae
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring
LPartG	Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266)
Ls.	Leitsatz
L.Soc.Gaz.	Law Society Gazette (Irland)
m.	mit, mein(es)
m. Anm.	mit Anmerkung
MCA	Matrimonial Causes Act 1973 (England)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MSÜ	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes Minderjähriger vom 5. Oktober 1961 (Minderjährigenschutzübereinkommen)
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 3.Aufl. 1992 ff./4. Aufl. 1999 ff.
MünchKommZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung, 2. Aufl. 2000/01
m.w.Nachw.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweis(e/n)
NCPC	Nouveau Code de Procédure Civile (Frankreich)
Ned. JBl.	Nederlands Juristenblad

n.F.	neue Fassung
niederländ.	niederländisch(e, er, es)
NILR	Netherlands International Law Review
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJ	Nederlandse Jurisprudentie
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
no.	numéro
Nr.	Nummer
n.v.	nicht veröffentlicht
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
öst.	österreichisch
OGH	Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
PIL	Private International Law
port.	portugiesisch (e, er, es)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rb.	Rechtbank (Niederlande)
RdC	Recueil des Cours (Académie de Droit international)
Rdnr.	Randnummer
Rev. crit. dr. i. p.	Revue critique de droit international privé
Rev. dr. étr.	Revue du droit des étrangers
Rev. dr. i. p.	Revue de droit international privé (Belgien [elektronisches Journal]), siehe unten bei T.I.P.
Rev. dr. unif.	Revue de droit uniforme
Rev. esp. der. int.	Revista española de derecho internacional
Rev. trim dr. civ.	Revue trimestrielle de droit civil
Rev. trim. dr. fam.	Revue trimestrielle de droit familial
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
Riv. dir. proc.	Rivista di diritto processuale
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft/Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
R.L.B.L.	La Revue en Ligne du Barreau de Liège, abrufbar unter http://www.barreauliege.be (Belgien)
RMUE	Revue du Marché Commun et de l'Union européenne
Rn.	Randnummer(n)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtssache(n)
Rv	Wetboek van Burgerlijke Rechtsvordering (Niederlande)
R.W.	Rechtskundig Weekblad (Belgien)
s.	siehe
S.	Satz, Seite, Recueil Sirey

s.a.	siehe auch
schwed.	schwedisch (e, er, es)
Scot. L. Gaz.	Scottish Law Gazette
SI	Statutory Instrument (England)
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des (Europäischen) Gerichtshofes
span.	spanisch (e, er, es)
StAG	Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom 15. Juli 1999 (BGBl. 1999 I S. 1618 [Staatsangehörigkeitsgesetz])
StAZ	Das Standesamt
str.	strittig
TGI	Tribunal de Grande Instance (Frankreich)
TI	Tribunal d'Instance (Frankreich) / Tribunal de première instance (Belgien)
T.I.P.	Tijdschrift voor Internationaal Privaatrecht (Belgien [elektronisches Journal, abrufbar unter www.ipr.be])
u.a.	unter anderem
umstr.	umstritten
Unterabs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
u.U.	unter Umständen
v.	vom, von
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
W.L.R.	Weekly Law Reports
WPNR	Weekblad voor Privaatrecht, Notariaat en Registratie
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	(österreichische) Zeitschrift für Rechtsvergleichung, IPR und Europarecht
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZPO	Zivilprozessordnung in der Fassung vom 12. September 1950 (BGBl. S. 533) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellungen im gerichtlichen Verfahren vom 25. Juni 2001 (BGBl. 2001 I S. 1206 [Zustellungsreformgesetz – ZustRG])

ZVglRWiss
ZZP
ZZPInt

Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
Zeitschrift für Zivilprozeß
Zeitschrift für Zivilprozeß International

§ 1 Einleitung

I. Allgemeines

„Rund jede zehnte Ehe, die in der Bundesrepublik geschlossen wird, ist international“¹. Auch insgesamt lässt sich eine Entwicklung verfolgen, der zufolge die Zahl der Ehen in der Bundesrepublik Deutschland, in denen einer oder gar beide Ehepartner einen ausländischen Pass haben, stetig zunimmt². Diese Entwicklung ist allerdings nicht auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt; sie lässt sich auch in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union beobachten³. 1

Die zunehmende Zahl internationaler Ehen ist nicht zuletzt Ausdruck des durch Artt. 61 ff. EGV gewährleisteten freien Personenverkehrs innerhalb der Europäischen Union und – als Ausdruck derselben – einer zunehmenden Mobilität der Bürger innerhalb der Europäischen Union⁴.

Allerdings sind „internationale“ Ehen ebenso wenig gegen ihr Scheitern gefeit wie rein nationale Ehen. So werden alleine in der Bundesrepublik

¹ Siehe *Kegel/Schurig*⁸, § 20 (vor I, S. 677 f.).

² Lag im Jahre 1991 die Zahl der Ehen, in denen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten, noch bei 1,0 Millionen, lag sie im Mai 2000 bei weiterhin steigender Tendenz bei etwa 1,3 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Ehen, in denen ein Ehepartner die deutsche und der andere eine ausländische Staatsangehörigkeit hatte, von 553 000 auf 806 000 an. Pressemitteilungen des Statistischen Bundesamtes vom 10.7. und 20.9.2001, abgedruckt in *StAZ* 2001, 375. Auch der Anteil von Ausländern an den in Deutschland geschlossenen Ehen ist von 5,86% (1985) über 9,06% (1995) bis auf 9,82% (1998) gestiegen und zuletzt wieder leicht gesunken auf (1999) 9,48%, vgl. zuletzt Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2001, S. 69.

³ Siehe den Bericht *Gebhardt*, Sitzungsdokument A5-0057/1999 (v. 10.11.1999), S. 18. Hierbei handelt es sich um den Bericht des Ausschusses für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten, dem die Prüfung des Verordnungsvorschlags durch das Parlament übertragen worden war. Vgl. ferner *Tarko*, Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen in der Europäischen Union, S. 1, 14; *McEleavy*, *Int. Comp. L. Q.* 51 (2002), 883, 888 (mit statistischen Angaben in Fn. 28), 889.

⁴ Siehe etwa *Martiny*, Vereinheitlichung des Familienrechts, S. 177, 183 f.

Deutschland jährlich etwa 30.000 Ehen geschieden, an denen zumindest ein Ausländer beteiligt ist⁵. Damit vergrößert sich für die Rechtspflege innerhalb der Europäischen Union in erhöhtem Maße auch das Konfliktpotential. Dies wird gerade dann offensichtlich, wenn solch eine „internationale“ Ehe scheitert. Spätestens dann gehen die Partner dazu über, vornehmlich die jeweils eigenen Interessen – nicht selten zu Lasten des anderen – zu verfolgen. Der Bruch zwischen den Ehepartnern manifestiert sich regelmäßig in einer räumlicher Trennung. Haben die Partner in einem Staat gelebt, der nicht zugleich Heimatstaat beider Ehegatten ist, wird diesem nicht selten einer von ihnen – meistens der nicht erwerbstätige oder ausländische Ehepartner – den Rücken zukehren und in sein Heimatland zurückkehren, um vor dessen Gerichten die Scheidung zu betreiben. Ergreift der zurückgebliebene Ehepartner entsprechende Schritte im Staat des bisherigen gemeinsamen Aufenthalts, der oft zugleich sein Heimatstaat ist, nehmen die Probleme ihren Lauf, wie folgende *Beispielsfälle* belegen sollen.

2

Ausgangsfall (angelehnt an BGH FamRZ 1992, 1058⁶): Eine Deutsche mit Wohnsitz in Kehl und ein Franzose mit Wohnsitz in Straßburg wollen sich scheiden lassen. Am 3.2.1988 reicht die Ehefrau beim AmtsG – FamG – Kehl einen Scheidungsantrag ein, der dem Ehemann im Wege der Auslandszustellung am 21.3.1988 zugestellt wird. Zeitlich überschneidend betreibt der Ehemann in Frankreich das Scheidungsverfahren: Bereits am 23.2.1988 hat dieser eine „*requête en divorce*“ beim *Tribunal de Grande Instance* (TGI) von Straßburg eingereicht, die der Ehefrau – zusammen mit richterlicher Terminbestimmung v. 2.3.1988 für den Versöhnungsversuch am 3.6.1988 – aufgrund der Ladungsverfügung des Gerichtsvollziehers vom 13.3.1988 am 28.4.1988 in Kehl zugestellt wird. Unter Zugrundelegung der jeweiligen innerstaatlichen Regelungen folgt die Entscheidungszuständigkeit des FamG Kehl aus §§ 606a Abs. 1 Nr. 1, 606 Abs. 2 Satz 2 ZPO, die (internationale) Zuständigkeit französischer Gerichte und damit des TGI Straßburg aus Art. 14 c. civ. Da Art. 14 c. civ. eine ausschließliche internationale Zuständigkeit französischer Gerichte begründet, beachten französische Gerichte eine ausländische Rechtshängigkeit selbst dann nicht, wenn sie der französischen zeitlich vorgeht⁷. Anders stellt sich dagegen die Situation für deutsche Gerichte dar, da die

⁵ Vgl. *Fuchs*, ERA-Forum 1/2003, 4; siehe auch das Vorwort in *Henrich*, Internationales Scheidungsrecht: ca 20.000 Ehen.

⁶ Urt. v. 12.2.1992 (XII ZR 25/91) FamRZ 1992, 1058, 1059 = IPRax 1994, 40 m. Anm. *Linke* 17 = NJW-RR 1992, 642; vgl. die Vorinstanz OLG Karlsruhe, Urt. v. 21.12.1990 (5 UF 161789) IPRax 1992, 171 und Cour d'appel Colmar v. 11.6.1990 (II U 2711/88 M) IPRax 1992, 173 m. Anm. *Sonnenberger* 154–159, hierzu auch *Lübbert*, ERA-Forum 1/2003, 18, 21 ff.

⁷ So für den dem *Ausgangsfall* zugrunde liegenden Originalfall die Cour d'appel Colmar v. 11.6.1990 (II U 2711/88 M) IPRax 1992, 173 f.; vgl. auch Cour d'appel Paris v. 25.10.2001 (*Dame S., épse G.*) J.D.I. 129 (2002), 1065, 1067 m. krit. Anm. *Cuniberti* 1068.

deutsche Staatsangehörigkeit keine ausschließliche deutsche Entscheidungszuständigkeit begründet (§ 606a Abs. 1 Satz 2 ZPO). Anerkannt ist vielmehr, dass die deutschen Gerichte eine frühere ausländische Rechtshängigkeit grundsätzlich beachten müssen. Allerdings kommt einem im Ausland rechtshängigen Verfahren nur dann Bedeutung zu, wenn es bei Identität der Parteien denselben Streitgegenstand betrifft und zu einem früheren Zeitpunkt rechtshängig geworden ist als das Verfahren in Deutschland; hieran schließt sich gegebenenfalls eine Anerkennungsprognose an⁸. Im *Beispielsfall* ist von Bedeutung, ob zum Zeitpunkt der am 21.3.1988 eingetretenen deutschen Rechtshängigkeit (vgl. §§ 261 Abs. 1, 253 Abs. 1 ZPO) in Frankreich bereits ein identisches Verfahren rechtshängig war⁹. Das ist (nur) dann der Fall, wenn bereits mit der am 23.2.1988 beim TGI Straßburg eingereichten „*requête*“ eine Verfahren eingeleitet wurde, das die Scheidung zum Gegenstand hatte und vor dem 21.3.1988 (nach französischem Recht als *lex fori*¹⁰) rechtshängig geworden ist. Dabei ist festzuhalten, dass der Identität des Streitgegenstandes nicht schon entgegen steht, dass Art. 251 c. civ. zwingend einen Aussöhnungsversuch (*tentative de conciliation*) vorsieht; bei diesem handelt es sich vielmehr um die erste (obligatorische) Phase des eigentlichen Scheidungsverfahrens¹¹. Und da nach französischem Recht das Scheidungsverfahren im vorliegenden Fall bereits vor dem 21.3.1988 rechtshängig geworden ist¹², muss das deutsche Gericht die bei ihm erhobene Klage als unzulässig abweisen.

Fallvariante: Der französische Ehemann reicht die *requête en divorce* erst am 15.6.1988 beim TGI Straßburg ein. Hier steht aus Sicht der deutschen Gerichte keine ausländische Rechtshängigkeit entgegen. Gleichwohl haben wegen des in Art. 14 c. civ. enthaltenen Jurisdiktionsprivilegs für französische Staatsangehörige weder die (frühere) deutsche Rechtshängigkeit noch ein deutsches Scheidungsurteil Aussicht auf Anerkennung in Frankreich¹³, es sei denn, der französische

3

⁸ Siehe zu dem Originalfall ausführlich *Sonnenberger*, IPRax 1992, 154, 155 ff. sowie *Lübbert*, ERA-Forum 1/2003, 18, 21 ff. Allgemein: *Gruber*, FamRZ 1999, 1563 ff.; *Geimer*, Internationales Zivilprozeßrecht⁴, Rdnr. 2685 ff.; *Schack*, Internationales Zivilverfahrensrecht³, Rdnr. 747 ff.; vgl. im Übrigen unten Rdnr. 345 mit Fn. 513.

⁹ Zum Beginn der Rechtshängigkeit im französischen Recht vgl. *Safferling*, S. 50 ff.

¹⁰ Siehe die Nachweise bei *Schack* Internationales Zivilverfahrensrecht⁴, Rdnr. 756 (S. 328 in Fn. 4).

¹¹ Vgl. im Einzelnen *Sonnenberger*, IPRax 1992, 154, 155 f. sowie Cour d'appel de Metz v. 19.1.1999 (*S./H.*) J.D.I. 130 (2003) 115, 119 m. Anm. *Bigot* 123; ferner (zu Art. 11 EheGVVO) *Gruber*, FamRZ 2000, 1129, 1132; *Gaudemet-Tallon*, J.D.I. 128 (2001), 381, 402 (Rdnr. 51 mit Fn. 37); ferner unten Rdnr. 337 mit Fn. 482. A.A. im Originalfall das OLG Karlsruhe, Urt. v. 21.12.1990 (5 UF 161789) IPRax 1992, 171, 172.

¹² Zu den Einzelheiten des französischen Rechts ausführlich *Sonnenberger*, IPRax 1992, 154, 155 f.

¹³ Vgl. Cour d'appel Paris v. 25.10.2001 (*Dame S., épse G.*) J.D.I. 129 (2002), 1065, 1067 m. krit. Anm. *Cuniberti* 1068; *Loussouarn/Bourel*⁷, Rdnr. 503 (S. 625); *May-er/Heuzé*⁷, Rdnr. 437, 368.

Staatsangehörige verzichtet auf das ihm dort zuteil werdende Jurisdiktionsprivileg¹⁴.

So unspektakulär der *Ausgangsfall* – vorbehaltlich einer zutreffenden Beurteilung des ausländischen Rechts durch das deutsche Gericht¹⁵ – anmuten mag, so verheerend ist die Bilanz in der *Fallvariante*: Regelmäßige positive Kompetenzkonflikte, die (über mehrere Instanzen hinweg) kostenträchtige und nervraubende Parallelverfahren in verschiedenen Ländern mit einander widersprechenden Gerichtsentscheidungen bedingen, denen im jeweils anderen Staat die Anerkennung versagt bleibt. Solche Missstände führen zu „hinkenden“ familienrechtlichen Statusverhältnissen¹⁶, welche die Wiederheirat eines der anderen Partner mit einem Dritten erschweren und auch sonst zu unklaren Folgen führen können¹⁷.

Mit dem Ziel, hier Abhilfe zu schaffen, ist am 1. März 2001 die Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten¹⁸ (EheGVVO) mit unmittelbarer Wirkung für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Ausnahme Dänemarks¹⁹ in Kraft getreten.

An deren Stelle wird mit Wirkung vom 1. März 2005 die umfassendere Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verant-

¹⁴ Zum fakultativen Charakter der Artt. 14, 15 c. civ.: Cass. civ. v. 28.1.2003 (*M. Levy c. Mme Guedj*) Bull. 2003, I, n° 23 (S. 17) = D. 2003, IR 531 (zu Art. 15 c. civ.); Cass. civ. v. 9.12.2003 (*L. c. P.*) J.C.P. 2004 IV 1258; Cour d'appel de Metz v. 19.1.1999 (*S./H.*) J.D.I 130 (2003) 115, 120 m. Anm. *Bigot* 123; *Loussouarn/Bourel*⁷, Rdnr. 465 f.; *Mayer/Heuzé*⁷, Rdnr. 296 ff.

¹⁵ Im Originalfall verneinte das OLG Karlsruhe (oben Fn. 11) – in der Sache unzutreffend – die Identität des Streitgegenstandes.

¹⁶ Sog. „hinkende“ Ehen bzw. Scheidungen, vgl. auch *Pirrung* in FS Rijn van Alkemade, S. 189, 191; *ders.*, ZEuP 1999, 834, 842; *Schack*, *RebelsZ* 65 (2001), 615, 616; *ders.*, Eur. J. L. R. 4 (2002), 37, 38.

¹⁷ Vgl. *Dornblüth*, S. 4 ff.; *Martiny*, *Vereinheitlichung des Familienrechts*, S. 177, 178 f.; *Pirrung*, ZEuP 1999, 834, 842.

¹⁸ ABl. EG 2000 Nr. L 160, S. 19–29 (v. 30.6.2000). Deutsche Fassungen des Verordnungstextes sind ferner abgedruckt in *FamRZ* 2000, 1140 ff. sowie bei *Jayme/Hausmann*¹¹, Nr. 161 (S. 413 ff.).

¹⁹ Siehe Art. 1 Abs. 3 EheGVVO sowie Erwägungsgrund Nr. 25 der EheGVVO; vgl. ferner hierzu Art. 69 EGV und das Protokoll (Nr. 5) Dänemarks zum Amsterdamer Vertrag v. 2.10.1997 (ABl. EG 1997 Nr. C 340, S. 1 ff., 101 [v. 10.11.1997] = BGBl. 1998 II, S. 387, 432).

wortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000²⁰ (EheeVGVO) treten (vgl. dazu unten Rdnr. 30). Deren Artikelnummerierung liegt dieser Arbeit weitgehend zugrunde, weil sie für die hier behandelten Eheverfahren gegenüber der EheGVVO keine inhaltlichen Änderungen bringt.

II. Gang der Darstellung

Die vorliegende Untersuchung befasst sich schwerpunktmäßig mit den 4
Vorschriften der EheeVGVO zur internationalen *Entscheidungszuständigkeit* und versteht sich hierbei zunächst als ausführliche Bestandsaufnahme, in deren Rahmen die äußerst reichhaltigen Stellungnahmen aus der in- und ausländischen Lehre sowie die ersten veröffentlichten Gerichtsentscheidungen Berücksichtigung finden. Darüber hinaus will sie auf bestehende Regelungslücken bzw. sich bereits abzeichnende Problemfelder hinweisen und – soweit möglich – eigene Lösungsvorschläge unterbreiten.

Dem Umstand Rechnung tragend, dass es sich bei der derzeit geltenden EheGVVO um eine der drei ersten auf Artt. 61, 65 EGV gestützten EG-Verordnungen überhaupt handelt²¹, wird zunächst – unter besonderer Berücksichtigung des Vergemeinschaftungsprozesses (vgl. unten ab Rdnr. 26) – die Vorgeschichte und Entstehung der EheGVVO/EheeVGVO genau beleuchtet (vgl. § 2 [ab Rdnr. 5]). Von großem Interesse ist hier die Frage nach der Tragfähigkeit der Artt. 61 lit. c) und 65 lit. a), 3. Spiegelstr. EGV als Rechtsgrundlage der EheGVVO/EheeVGVO (vgl. unten ab Rdnr. 53), auch wenn diese Frage nach dem vom Europäischen Konvent mittlerweile ausgearbeiteten „Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa“ (im Folgenden Europäischer Verfassungsentwurf [EuVerf-E])²² an Brisanz verlieren dürfte.

In den beiden sich anschließenden Teilen erfolgt eine Darstellung des Anwendungsbereichs der EheeVGVO (§ 3 [ab Rdnr. 93]) sowie ihrer Regelungen zur Entscheidungszuständigkeit (§ 4 [ab Rdnr. 180]). Inhaltlich bil-

²⁰ ABl. EG 2003 Nr. L 338, S. 1–29 (v. 23.12.2003).

²¹ Neben der EheGVVO sind dies die Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29.5.2000 über Insolvenzverfahren, ABl. EG Nr. L 160, S. 1 ff. (v. 30.6.2000 [Eu-InsVO]) sowie die Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29.5.2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen in den Mitgliedstaaten, ABl. EG Nr. L 160, S. 37 ff. (v. 30.6.2000 [EuZVO]).

²² Abgedruckt in EuGRZ 2003, 357 ff., 389 ff.; dazu Meyer/Hölscheidt, EuZW 2003, 613 ff.

den die Vorschriften über die eigentlichen Eheverfahren i.S.d. Art. 1 Abs. 1 lit. a) EheVGVO den Hauptschwerpunkt dieser Arbeit.

Die nicht minder bedeutsamen Sorgerechtsverfahren i.S.d. Art. 1 Abs. 1 lit. b) EheGVVO/EheVGVO sind aus dem im Vorwort bereits genannten Grund von der Darstellung im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausgenommen worden. Diesbezüglichen Regelungen der derzeit geltenden EheGVVO ist – anders als den Vorschriften zum Eheverfahren – eine vergleichsweise kurze Existenz beschieden, da sie in der ab dem 1. März 2005 geltenden EheVGVO²³ auf ein neues Fundament gestellt werden.

Der Darstellung des Anwendungsbereiches sowie der Zuständigkeits- und verfahrensrechtlichen Vorschriften liegt durchweg das Bestreben zugrunde, die EheVGVO möglichst auch aus einem rechtsvergleichenden Blickwinkel zu betrachten; aus diesem Grund finden sich zahlreiche Hinweise auf Vorschriften des autonomen nationalen Rechts der Mitgliedstaaten sowie auf einschlägige Rechtsprechung der mitgliedstaatlichen Gerichte. Ferner wird besonderer Wert auf die Berücksichtigung der Vorschriften des EuGVÜ (bzw. der EuGVVO) gelegt, die bei der Ausarbeitung der EheGVVO/EheVGVO nicht selten Pate gestanden haben²⁴.

Der abschließende Teil (vgl. § 5 [ab Rdnr. 362]) ist der Staatsangehörigkeitsanknüpfung gewidmet, deren Berücksichtigung in der EheGVVO/-EheVGVO erhebliche Bedenken insbesondere im Hinblick auf das in Art. 12 EGV niedergelegte Diskriminierungsverbot ausgelöst hat.

²³ Vgl. dazu unten Rdnr. 30.

²⁴ Zur Bedeutung des EuGVÜ für die Auslegung der EheVGVO, siehe unten Rdnr. 42 f.

§ 2 Entstehung der EheGVVO/EheeVG VVO

Um den Regelungsinhalt der EheGVVO/EheeVG VVO sowie deren künftige Bedeutung für die internationale Rechtspflege besser erfassen und insbesondere die Frage nach dem Handlungsbedarf klären zu können, werden zunächst ihre Entstehungsgeschichte (unter I.) und der europarechtliche Rahmen (unter II. [ab Rdnr. 31]) näher dargestellt.

5

I. Entstehungsgeschichte

Bereits vor dem In-Kraft-Treten der zur Zeit geltenden EheGVVO gab es in dem Bereich des internationalen Familienrechts Rechtsinstrumente auf internationaler Ebene. Das legt es nahe, vor der eigentlichen Entstehungsgeschichte der EheGVVO/EheeVG VVO (dazu sub 2 [ab Rdnr. 17]) die Ausgangslage zu erörtern, insbesondere, ob in sachlicher Hinsicht überhaupt Handlungsbedarf für die mit der EheGVVO/EheeVG VVO eingeschlagenen Richtung bestand (dazu unter 1 [Rdnr. 6 ff.]).

1. Die Ausgangslage und Vorgeschichte

Die EheGVVO/EheeVG VVO befasst sich, wie bereits die offizielle volle Bezeichnung verdeutlicht, mit zwei Sachbereichen. Es sind dies Eheverfahren sowie – derzeit noch als bloßes Annex – verfahrensrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit der elterlichen Verantwortung. Diese Sachbereiche sind, zumindest in Ausschnitten, bereits Gegenstand mehrerer multilateraler Übereinkommen (Rdnr. 6 ff.) und bilateraler Übereinkommen (unter b [ab Rdnr. 15]).

a) Multilaterale Abkommen

Die auf den Gebieten des Eherechts und der elterlichen Verantwortung bestehenden multilateralen Übereinkommen, von denen nachstehend nur die bedeutsamsten angesprochen werden sollen¹, sind – was die Regelung ver-

6

¹ Nicht eingegangen wird auf das Luxemburger CIEC-Übereinkommen über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen vom 8. September 1967, das von der Bundesrepublik Deutschland zwar gezeichnet, nicht aber ratifiziert worden ist. Das Über-

fahrensrechtlicher Fragen angeht – allerdings entweder lückenhaft oder (für die Bundesrepublik Deutschland) bislang nicht in Kraft getreten.

aa) *Das Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (EuGVÜ)*

- 7 Das bislang erfolgreichste Übereinkommen auf dem Gebiet des vereinheitlichten internationalen Zivilverfahrensrechts ist das Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968² (EuGVÜ), das seit dem 1. März 2002 im Verhältnis der Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Königreichs Dänemark durch die Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen³ (EuGVVO) abgelöst worden ist.

EuGVÜ und EuGVVO vereinheitlichen gleichermaßen die Regelungen über die Anerkennung ausländischer Entscheidungen und über die internationale Entscheidungszuständigkeit (*compétence directe*), greifen also bereits im Stadium des Erkenntnisverfahrens – nicht erst im nachgelagerten Stadium der Anerkennung – ein⁴.

- 8 Allerdings sind gemäß Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 EuGVÜ/EuGVVO Personenstandssachen von dem sachlichen Anwendungsbereich ausgenommen, sofern diese den Gegenstand des Rechtsstreits darstellen⁵; dazu gehören sämtliche Stussachen⁶, zuvörderst solche Verfahren, die den Bestand der Ehe betreffen⁷.

einkommen gilt bislang nur für 3 Staaten, vgl. die Nachweise bei *Jayme/Hausmann*¹¹, Nr. 182 (S. 472 in Fn. 2).

² BGBl. 1972 II, S. 774 in der Fassung des 4. Beitrittsübereinkommens vom 29.11.1996 (BGBl. 1998 II, S. 1411). Es gilt in dieser Fassung seit dem 1.1.1999 im Verhältnis zu Dänemark (BGBl. 1999 II, S. 419) und wird in diesem Verhältnis trotz des Inkraft-Tretens der EuGVVO am 1. März 2002 weiterhin in Kraft bleiben, vgl. die Erwägungsgründe Nr. 21 f. sowie Art. 1 Abs. 3 EuGVVO.

³ ABl. EG 2001 Nr. L 12, S. 1 (v. 16.1.2001); Abdruck des deutschen Textes auch bei *Jayme/Hausmann*¹¹, Nr. 160 (S. 364 ff.).

⁴ Sogenannte *convention double* bzw. *règlement double*.

⁵ Vgl. den erläuternden Bericht zur Ursprungsfassung des EuGVÜ von 1968 (*Jenard-Bericht*), ABl. EG 1979 Nr. C 59, 1 ff., 10 (v. 5.3.1979).

⁶ *Geimer/Schütze*, Europäisches Zivilverfahrensrecht, Art. 1 Rdnr. 59.

⁷ BGH, Urt. v. 12.2.1992 (XII ZR 25/91) FamRZ 1992, 1058, 1059 = IPRax 1994, 40 m. Anm. *Linke* 17 = NJW-RR 1992, 642; *Basedow* in Hdb. IZVR Band I Kap. II Rdnr. 99; *Schlosser*, EUZ²/EuGVVO, Art. 1 Rdnr. 15; *Thomas/Putzo*²⁵ (*-Hüßtege*) EuGVVO Art. 1 Rdnr. 4.

Diese Ausklammerung personenstandsrechtlicher Fragen beruht nachweislich⁸ im Wesentlichen auf den Unterschieden, die zur Zeit der Ausarbeitung des EuGVÜ namentlich auf den Gebieten des internationalen Privatrechts und der Ehescheidung zwischen den Rechtsordnungen der damals nur sechs⁹ Mitgliedstaaten bestanden.

Insbesondere die Divergenzen auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts hätten einen (für fortschrittlich und daher unbedingt erhaltenswert befundenen) Verzicht auf eine gerichtliche Nachprüfung der richtigen Anwendung des internationalen Privatrechts im Rahmen des Exequaturverfahrens erheblich erschwert, wenn nicht gar vereitelt. Für den Fall der Beibehaltung eines solchen Verzichts bei gleichzeitiger Einbeziehung personenstandsrechtlicher Fragen befürchtete man wiederum eine Ausdehnung des *ordre public*-Begriffs durch die Gerichte des Anerkennungsstaates, um so ausländische Entscheidungen auszuschalten. Hierbei dachte man insbesondere an die Ehescheidung, die wegen der Unterschiede zwischen den einzelnen mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen als besonders heikel angesehen wurde¹⁰.

Diese Bedenken veranlassten die Verfasser des EuGVÜ letztlich dazu, dessen Anwendungsbereich auf vermögensrechtliche Streitigkeiten zu beschränken und somit in einem ersten Schritt Fragen des Personenstandes von der europäischen Integration auszunehmen.

bb) Haager Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970

Der immerhin auszugsweisen Regelung des internationalen Eheverfahrens nimmt sich dagegen das Haager Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970¹¹ an, das aller-

9

⁸ Vgl. *Jenard*-Bericht, ABl. EG 1979 Nr. C 59, 1, 10 (v. 5.3.1979).

⁹ Vgl. hierzu auch den Bericht *Borrás* Nr. 4 (S. 29).

¹⁰ Der *Jenard*-Bericht bezeichnet sie als „Hauptproblem“ im Bereich des Personenstandes, vgl. ABl. EG 1979 Nr. C 59, 1, 10 (v. 5.3.1979).

¹¹ Abdruck einer deutschen Übersetzung der Artt. 1–24 bei *Jayme/Hausmann*¹¹, Nr. 183 (S. 475 ff.), dort (in Fn. 1) auch Übersicht der Staaten, für die dieses Übereinkommen bereits in Kraft getreten ist.

Text in: Actes et Documents de la Onzième Session de la Conférence de La Haye de droit international privé II (1972), S. 201–209. Die gleichberechtigt authentischen (französische bzw. englische) Fassungen sind auch abgedruckt in *RabelsZ* 33 (1969), 330–343 sowie in dem von der Haager Konferenz herausgegebenen *Recueil des conventions/Collection of conventions (1951–1996)* unter XVIII. (S. 128 ff.) abgedruckt; ferner in *Int. Comp. L. Q.* 18 (1969), 657–664 (nur englische Fassung), *J.D.I.* 96 (1969), 873–878 (nur französische Fassung).

dings bislang keine große Abhilfe hat schaffen können. Für die Bundesrepublik Deutschland folgt dies rein formal betrachtet bereits daraus, dass sie das Übereinkommen bislang weder gezeichnet noch ratifiziert hat¹².

Dies mag zum einen darin begründet sein, dass das Übereinkommen vereinheitlichte Regelungen ausschließlich für die Anerkennung vorsieht, nicht aber zur internationalen Entscheidungszuständigkeit¹³.

Ohne einheitliche Regelungen über die internationale Entscheidungszuständigkeit sind liberale Anerkennungs- und Vollstreckungsregelungen, wie sie nunmehr sowohl die EheGVVO (Art. 13 ff.) bzw. die EheeVGVO (Art. 21 ff.) als auch die EuGVVO¹⁴ (Art. 32 ff.) enthalten, nahezu undenkbar. Solchermaßen liberale Anerkennungs- und Vollstreckungsregelungen sind Ausdruck des gegenseitigen Vertrauens der Mitgliedstaaten in die Rechtspflege der anderen Mitgliedstaaten, das sich nicht zuletzt auf einen Bestand vereinheitlichter Zuständigkeitsregelungen gründet, über die Konsens erzielt werden konnte.

Zum Stand der Ratifikationen am 1.3.2000, vgl. Rev. crit. dr. i. p. 89 (2000), 111, 123. Siehe auch bei von Bar, *RabelsZ* 57 (1993), 63, 80.

¹² Vgl. etwa Staudinger¹³(-Spellenberg), § 328 ZPO Rdnr. 9; ferner Lagarde, Riv. dir. int. priv. proc. 29 (1993), 1083, 1084; Unverständnis ob der deutschen (und der französischen) Haltung bei Hall, J.P. 1997, 931.

Als Makel des Übereinkommens wird vor allem der Umstand gewertet, dass es gerade für die Bundesrepublik Deutschland und für Frankreich nicht in Kraft getreten ist, vgl. *Beaumont/Moir*, Eur. L. Rev. 20 (1995), 268, 273; *Pirring*, ZEuP 1999, 834, 841 f. Entsprechendes gilt im Übrigen für das Luxemburger CIEC-Übereinkommen über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen vom 8. September 1967 (oben in Fn. 1). Auch diesem ist kein Erfolg beschieden worden. Anders als das Haager Übereinkommen vom 1. Juni 1970 ist es zwar von der Bundesrepublik Deutschland gezeichnet, jedoch nicht ratifiziert worden. Es ist bis heute für lediglich 3 Vertragsstaaten – davon 2 Mitgliedstaaten der Europäischen Union – in Kraft getreten.

¹³ Kritisch hierzu Lagarde, Riv. dir. int. priv. proc. 29 (1993), 1083, 1084 (Rdnr. 1); *Pirring* in FS Rijn van Alkemade, S. 189, 191, 194, dort (S. 196 f.) das Erfordernis einer vereinheitlichten zwingenden Rechtshängigkeitsregelung betonend; *Sturlèse*, J.C.P. 1998 I 145 (S. 1145, 1146 [Rdnr. 21]); *de Vareilles-Sommières*, Gaz. Pal. 1999, doct., 2018, 2020 (Rdnr. 20); *Bruneau*, J.C.P. 2000 I 266 (S. 1955, 1956 [Rdnr. 4 mit Fn. 6]); *Wagner*, IPRax 2001, 73, 74. Vgl. *Shannon/Kennedy*, I.F.L. 2000, 111, 112.

¹⁴ Vgl. oben bei Fn. 3; näher zu deren Regelungen über die Anerkennung und Vollstreckung *Beraudo*, J.D.I. 128 (2001), 1033, 1069 ff.; *Droz/Gaudemet-Tallon*, Rev. crit. dr. i. p. 90 (2001), 601, 643 ff.; *Finger*, MDR 2001, 1394, 1398; *Nuyts*, J. Trib. 120 (2001), 913, 919 ff.; *Junker*, RIW 2002, 569, 575 ff.; *Micklitz/Rott*, EuZW 2002, 15 ff.; *Stoppenbrink*, Eur. L. Rev. 27 (2002), 641, 657 ff.

Stichwortverzeichnis

(Zahlen = Randnummern)

- Abweisende Entscheidungen** s. Entscheidungen
- actor sequitur forum rei** 204, 231 ff., 241
- Anerkennung** 7, 9, 59, 61, 148 f., 152, 327, 336, 347, 368, 370, 508
- Anwendungsbereich (persönlicher, zeitlicher) s. dort
 - Außenkompetenz 80 ff.
 - EheGVVO/EheeVG VVO s. dort
 - einstweilige Maßnahmen s. dort
 - Entscheidungen, abweisende s. dort
 - Haager Übereinkommen s. dort
- Anerkennungsprognose** 2, 246, 508
- autonomes deutsches Recht s. dort
 - Rechtshängigkeit s. dort
- Antrittszuständigkeit** 378
- autonomes deutsches Recht s. dort
 - Flüchtlinge s. dort
 - Staatenlose s. dort
- Anwendungsbereich, persönlicher** 158 ff., 268
- Anerkennung und Vollstreckung 164
 - Entscheidungszuständigkeit 159 ff.
 - Rechtshängigkeit 163
- Anwendungsbereich, räumlicher** 157, 268
- Anwendungsbereich, sachlicher** 93 ff.
- Ehesachen s. dort
 - elterliche Verantwortung s. dort
- Anwendungsbereich, zeitlicher** 165 ff.
- Anerkennung 165, 174 ff.
- Aufenthalt**
- gewöhnlicher s. dort
 - schlichter 192, 194, 201, 233, 246
 - und Staatsangehörigkeit 201, 247, 364, 365, 367
 - Wartefrist 196, 281, 405, 437, 504
 - Wohnsitz s. dort
- Aufhebung der Ehe** s. Ehesachen, Haager Übereinkommen
- Auslegung** 37 ff.
- EheGVVO/EheeVG VVO
 - Erwägungsgründe 43, 45
 - EuGVÜ 43
 - Europäischer Gerichtshof 37
 - lege causae 40, 107
 - lege fori 40, 107
 - rechtsvergleichende 44
 - verordnungsautonome 40 ff., 100
 - Doppelqualifikation 40
 - effet utile 45
 - grammatikalische 42
 - historische 43
 - systematische 42
 - teleologische 45
 - Vorabentscheidungsverfahren s. dort
- Ausschließliche Zuständigkeit** s. internationale Zuständigkeit
- Außenkompetenz** s. auch Gemeinschaftskompetenz
- Anerkennung 80 ff., 92
 - ausschließliche 77, 89, 92
 - geteilte 91, 92
 - konkurrierende 77
 - Restzuständigkeiten 79, 92
 - Vollstreckung 80 ff., 92
 - Zuständigkeit s. dort
- autonomes deutsches Recht** 368, 370 ff., 374 ff.
- Anerkennungsprognose 2, 345, 353, 500
 - Antrittszuständigkeit 251, 372, 376

- Flüchtlinge s. dort
- Mehrstaater 476
- Restzuständigkeiten s. dort
- Staatenlose s. dort
- und Staatsangehörigkeit 368, 371, 376

- Bigamie** 16, 59
- Bilaterale Abkommen** 15
- Binnenmarkt(bezug)** s. Gemeinschaftskompetenz

- compétence directe** s. Entscheidungszuständigkeit
- convention double** 20

- Dänemark** 27, 46 ff., 407, 511
 - s. auch Diskriminierungsverbot
- Dienstleistungsfreiheit** 411 ff., 527
- Diskriminierungsverbot** 404 ff., 405 ff., 420 ff.
 - absolutes 433
 - und Anwendungsbereich EG-Vertrag 415 ff.
 - Dänemark 462 f., 530
 - Demokratieargument 454
 - Dienstleistungsfreiheit 411 ff.
 - und domicile 421, 460 f., 464, 528
 - forum actoris 247, 405, 408, 431, 435 ff., 458, 464, 528
 - Heimatzuständigkeit 251, 406, 409, 423 ff., 440 ff., 456 f., 458, 464, 529
 - Inländergleichbehandlung 288
 - internationales Privatrecht 445 ff.
 - kulturelle Identität s. dort
 - offene Diskriminierung 420, 422 ff.
 - Rechtfertigung 433 ff.
 - relatives 434
 - Staatsangehörigkeit s. dort
 - versteckte Diskriminierung 421, 460 f.
- domicile** 160, 183, 184, 248, 252 ff., 273, 275, 286, 518 f.
 - of choice 255 f.
 - of dependency 255
 - und Diskriminierungsverbot s. dort
 - Mehrstaater s. dort
 - of origin 255 f.
 - revival of the domicile of origin 255
- Staatenlose s. dort
- und Staatsangehörigkeit 255
- und Wohnsitz 254 f.
- Doppelstaater** s. Mehrstaater; Staatsangehörigkeit

- Ehe** 98 ff., 513
 - gleichgeschlechtliche s. gleichgeschlechtliche Ehe
 - Lebensgemeinschaft
 - registrierte s. dort
 - nichtregistrierte s. dort
 - polygame 44, 101, 113, 114 ff.
 - s. auch polygame Ehe
- EheeVG VVO** 30
 - Anerkennung 59, 180
 - abweisende Entscheidungen 148, 152
 - Auslegung s. dort
 - elterliche Verantwortung 30
 - Entscheidungszuständigkeit 96, 181 ff.
 - internationale 181
 - örtliche 181 f., 259, 264
 - Rechtshängigkeit s. dort
 - Vergemeinschaftung s. dort
 - Vollstreckung 59, 180
- EheGVÜ** 21 ff.
- EheGVVO** 26 ff.
 - Auslegung s. dort
 - s. auch EheeVG VVO
 - Entscheidungszuständigkeit 59, 61
 - gemeinsame Kinder 30
 - Sorgerechtsverfahren 30
 - Vergemeinschaftung s. dort
- Ehesachen** 130 ff.
 - Aufhebung der Ehe 94, 130, 148, 155
 - s. auch Haager Übereinkommen
 - Ehe s. dort
 - Ehescheidung 93, 98, 130
 - Feststellungsklagen 130, 131 ff.
 - negative 130, 133, 137, 141, 142, 150 ff., 155
 - positive 130, 133, 137, 140, 142, 143 ff., 155
 - Folgeentscheidungen s. dort
 - Herstellungsklage 130, 514
 - negative 136
 - positive 156

- Privatscheidungen 97
- Trennung ohne Auflösung des Ehebandes 93
- Umsetzungsverfahren 129, 513
- Ungültigerklärung 93, 98
- Unterhalt s. Folgeentscheidungen
- Ehescheidung** s. Ehesachen
- Ehescheidungsfreiheit** 384, 401
- und Gemeinschaftsrecht 393 ff.
- Eheschließungsfreiheit**
- Wiedererlangung 393 f., 396
- Eilmaßnahmen** s. einstweilige Maßnahmen
- Einlassung** 210, 237, 238
- einstweilige Maßnahmen** 289 ff.
- Anerkennung 307, 311, 313 f., 315, 316, 522
- Außer-Kraft-Treten 316
- Begriff 295 ff., 311 ff.
- Dringlichkeit 293
- Gebietsbezug 294
- Gegenstand 295 ff., 298 ff.
- Rechtshängigkeit s. dort
- territoriale Reichweite 309 ff.
- Ehe(eV)GVVO 313 ff.
- EuGVÜ/EuGVVO 310 ff.
- Unterhalt 299
- Zuständigkeitssystem 290 ff.
- elterliche Verantwortung** 30, 93
- s. auch Rechtshängigkeit
- Entscheidungen**
- abweisende 148, 152
- Begriff 314
- Entscheidungszuständigkeit** 7, 9, 16, 61, 508
- s. auch Anwendungsbereich, persönlicher; EheGVVO/EheeVGVO; Haager Übereinkommen; internationale Zuständigkeit
- Entstehung der EheGVVO/EheeVGVO** 17 ff.
- Erkenntnisverfahren** 7, 180
- Erwägungsgründe** s. Auslegung
- EuGVÜ** 7 f.
- Anerkennung 7
- Entscheidungszuständigkeit 7
- internationales Privatrecht 8
- Personenstandssachen 8
- Unterhalt s. dort
- Wohnsitz s. dort
- EuGVVO** 7
- s. auch EuGVÜ
- Europäischer Verfassungsentwurf** 4, 33, 52, 56, 57, 62, 89, 388, 391, 392, 419, 509, 511, 536
- Europäisches Sorgerechtsübereinkommen vom 20. Mai 1980** 13
- Exorbitante Zuständigkeit** s. Zuständigkeit
- favor defensoris** 231, 321
- Feststellungsklagen** 131 ff., 514
- s. auch bei Ehesachen
- s. auch bei Haager Übereinkommen
- Rechtshängigkeit s. dort
- Flüchtlinge** 497 ff.
- Antrittszuständigkeit 500
- und autonomes internationales Zivilverfahrensrecht 499 f.
- Ehe(eV)GVVO 501 ff., 533
- und internationales Privatrecht 498
- Folgeentscheidungen** 95, 134, 512
- Ehegüterrecht 95
- Rechtshängigkeit s. dort
- Scheidungsverschulden 95
- Unterhalt 95, 266
- forum actoris** 224, 227, 240 ff., 247, 250, 280, 405, 431, 435 ff.
- Diskriminierungsverbot s. dort
- Mehrstaater s. dort
- forum non conveniens** 324 ff., 327, 486, 523
- forum patriae** s. Heimatzuständigkeit
- forum shopping** 183, 202, 325, 326, 427, 428, 524, 536
- GEDIP** 18
- Gegenantrag** 264 ff.
- und abhängige Verfahren s. Rechtshängigkeit
- örtliche Zuständigkeit 264
- Gemeinschaftskompetenz** 53 ff.
- Außenkompetenz 76 f., 510
- Binnenmarkt(bezug) 56 ff., 509, 535
- Drittstaaten 62, 78 ff.
- Ehe(eV)GVVO
- Außenkompetenz 78 ff.
- Binnenmarktbezug 56 ff., 509
- Personenverkehr, freier 55, 509

- sachliche Reichweite 61 f., 509
- Kollisionsrecht 61
- Subsidiaritätsgrundsatz 65 ff., 509
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 69 ff., 509
- Gerichtsstand** s. Zuständigkeit
- Gerichtsstand, allgemeiner** 220
- Gerichtsstandsvereinbarung** s. Zuständigkeitsvereinbarung
- gewöhnlicher Aufenthalt** 183, 184 ff., 515
 - des Antragsgegners 231 ff., 241, 278
 - des Antragstellers 240 ff.
 - s. auch Aufenthalt
 - autonome Definition 185 ff., 515
 - doppelter 496, 532
 - Empfehlung des Europarates 190, 197
 - gegenwärtiger der Ehegatten 222 ff.
 - bei gemeinsamer Antragstellung 234 ff., 516
 - internationales Privatrecht 193 ff., 199 f.
 - internationales Verfahrensrecht 199 ff.
 - letzter der Ehegatten 227 ff.
 - mehrfacher 202, 496, 532
 - und Wohnsitz s. dort
- gleichgeschlechtliche Ehe** 44, 101, 120 ff., 129, 535
 - s. auch bei Ehe
 - kollisionsrechtliche Behandlung 124 ff.
 - ordre public 127
- Grundfreiheiten** 410 ff., 417
 - Dienstleistungsfreiheit s. dort
- Grundrechtscharta** s. Grundrechtsschutz
- Grundrechtsschutz**
 - gemeinschaftsrechtlicher 385 ff., 390 ff.
 - Grundrechtscharta 392, 397
 - Menschenrechte 391 f.
 - Solange II s. dort
- Haager Kinderschutzübereinkommen vom 19. Oktober 1996** 12
 - Anerkennung 12
 - Verbundzuständigkeit 12
- Vollstreckung 12
- Haager Kindesentführungsübereinkommen vom 25. Oktober 1980** 14
- Haager Minderjährigenschutzübereinkommen vom 5. Oktober 1961** 11 f.
 - Anerkennung 11
 - Eheverfahren 11
 - Entscheidungszuständigkeit 11
 - Verbundzuständigkeit 11
- Haager Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970** 9 f., 20, 139, 153, 220, 227, 243, 244, 245
 - Anerkennung 9, 16
 - Aufhebung der Ehe 153
 - Feststellungsverfahren 153
 - Rechtshängigkeit 10
- Heidelberger Entwurf** 18 ff.
 - sachlicher Anwendungsbereich 19
- Heimatzuständigkeit** 183, 205 ff., 248 ff., 362, 369, 373 ff., 379 ff., 517
 - Diskriminierungsverbot s. dort
 - Mehrstaater s. dort
- Herstellungsklage** s. Ehesachen
- hinkendes Statusverhältnis** 3, 16, 59, 368, 508
- Identität, kulturelle** s. dort
- Inländergleichbehandlung** s. Diskriminierungsverbot; Gerichtsstände (exorbitante)
- internationales Privatrecht** 8
 - Aufenthalt (gewöhnlicher) s. dort
 - Flüchtlinge s. dort
 - Diskriminierungsverbot s. dort
 - Staatenlose s. dort
 - Wohnsitz s. dort
- internationale Zuständigkeit** s. auch Haager Übereinkommen, Zuständigkeit
 - alternative Anknüpfung 183, 325, 369, 496
 - Anknüpfung
 - Aufenthalt s. dort
 - objektive 209 f., 234
 - Staatsangehörigkeit s. dort

- und anwendbares Recht 107, 200, 261 ff., 372, 380, 441 ff., 445 ff., 453, 455, 456, 458, 485, 529, 536
 - Aufenthalt s. dort
 - ausschließliche 208, 217
 - Flüchtlinge s. dort
 - Gegenantrag s. dort
 - Heimatzuständigkeit s. dort
 - prozessuale Behandlung 317 ff.
 - Rechtsmittelinstanz 318
 - Staatenlose s. dort
 - Staatsangehörigkeit s. dort
 - Umwandlungszuständigkeit s. dort
 - Wohnsitz s. dort
 - Zeitpunkt, maßgeblicher s. dort
- Irland** 17, 24, 27 f., 46 ff., 511

Kollisionsrecht 17, 117, 118, 119, 122, 123, 124 ff., 153, 200, 262, 326, 360, 364, 365, 368, 384, 441, 443, 444, 445, 446, 448, 449, 450, 454, 476, 485, 520, 524, 536

Kompetenzkonflikt

- negativer 325, 344
- positiver 3, 326, 344

kulturelle Identität 449 ff.

Lebensgemeinschaft

- gleichgeschlechtliche 108, 129, 535
- nichteheliche 101, 102 ff.
- nichtregistrierte 103, 129
- registrierte 104 ff., 122, 129, 535

Lebenspartnerschaft s. Lebensgemeinschaft

lex causae s. Auslegung

lex fori s. Auslegung

Maßnahmen, einstweilige s. dort

Mehrehe s. Polygame Ehe

Mehrstaater 362, 465, 466 ff.

- Aufenthalt, gewöhnlicher s. dort
- autonomes deutsches Recht s. dort
- domicile 495
- und Drittstaaten 472, 490, 491
- Ehe(eV)GVVO 472, 473 ff., 478 ff., 483 ff., 531
 - domicile 255, 495
 - forum actoris 480
 - Heimatgerichtsstand 481
 - identische Doppelstaater 494

- Restzuständigkeiten 472, 482
- Staatsverträge 477
- Ursachen 467 ff.

nichteheliche Lebensgemeinschaft

- s. Lebensgemeinschaft

nichtregistrierte Lebensgemeinschaft

- s. Lebensgemeinschaft

Notzuständigkeit, örtliche s. Zuständigkeit

örtliche Zuständigkeit s. Zuständigkeit

ordre public 8

- s. auch gleichgeschlechtliche Ehe, polygame Ehe

Parallelverfahren s. Rechtshängigkeit

perpetuatio fori 213, 320

Polygame Ehe 114 ff., 128 f.

- s. auch bei Ehe
- Anerkennung 118
- Doppelehe, Verbot der 116
- ordre public 118
- Qualifikation 117

Privatscheidung s. Ehesachen

Qualifikation

- s. polygame Ehe

Rechtshängigkeit 2 f., 16, 202, 326 ff., 485, 524

- abhängige Verfahren 265, 330
- Anerkennungsprognose 345
- Anwendungsbereich (persönlicher) s. dort
- Aussetzung 350 ff.
 - Dauer 353 ff.
- doppelte 173
- Drittstaat 346 ff.
- echte 333
- einstweilige Maßnahmen 336
- elterliche Verantwortung 334
- Feststellungsklagen 336
- Identität des Streitgegenstandes
 - EheGVVO 329 ff.
 - EheVGVO 335 ff.
- prior temporis 328, 338, 350
- Rechtsfolgen 349 ff.
- und Rechtskraft 361

- Scheidungsfolgeentscheidungen 336
- unechte 333
- Versöhnungsverfahren 337
- Zeitpunkt 338 ff., 341 ff.
- registrierte Lebensgemeinschaft** s. Lebensgemeinschaft
- règlement double** 9, 508
- Restzuständigkeiten** 268 ff., 283 ff., 407, 521
- Außenkompetenz s. dort
- Eilmaßnahmen s. dort
- und Mehrstaater s. dort
- Rügellose Einlassung** s. Einlassung

- Scheidung** s. Ehescheidung
- Scheidungsfolgeentscheidungen** s. Folgeentscheidungen
- schlichter Aufenthalt** s. Aufenthalt
- Solange II** 385 ff., 398, 526
- Sorgerechtsverfahren** s. EheGVVO
- Staatenlose** 465, 497 ff.
 - Antrittszuständigkeit 500
 - und domicile 255, 256
 - Ehe(eV)GVVO 501 ff.
 - und internationales Privatrecht 498
 - und internationales Zivilverfahrensrecht 499 f.
- Staatsangehörigkeit** 183, 205 ff., 362 ff.
 - Antrittszuständigkeit s. autonomes deutsches Recht; Antrittszuständigkeit
 - und Aufenthalt s. dort
 - und autonomes Recht s. dort
 - beider Ehegatten 249 ff., 369, 373, 377, 380, 406, 409, 423 ff., 432, 440 ff., 456, 458, 464, 517
 - Diskriminierungsverbot 207, 247, 362, 369, 423 ff., 440 ff., 458, 464
 - s. auch dort
 - und domicile s. dort
 - doppelte, mehrfache s. Mehrstaater
 - effektive 476, 477, 479, 480, 481, 485
 - Flüchtlinge s. dort
 - ineffektive 476, 477, 483, 486, 487, 488, 506, 531
 - internationales Privatrecht 364 ff.
 - Mehrstaater s. dort
- Staatenlose s. dort
- und Wohnsitz s. dort
- Zuständigkeit 367 ff.
- Subsidiaritätsgrundsatz** s. Gemeinschaftskompetenz

- tentative de conciliation** s. Versöhnungsversuch
- Trennungsverfahren** s. auch Ehesachen, Umwandlungszuständigkeit
- Trennung von Tisch und Bett 93, 263

- Umwandlungszuständigkeit** 258 ff., 520
 - und internationales Privatrecht 262 f.
 - örtliche Zuständigkeit 259
- Ungültigerklärung** s. Ehesachen
- Unterhalt** s. auch einstweilige Maßnahmen; Folgeentscheidungen

- Verbundzuständigkeit** s. Haager Minderjährigenschutzübereinkommen, Haager Kinderschutzübereinkommen
- Vereinigtes Königreich** 27 f., 46 ff., 511
- Verfahren**
 - gerichtliche 93, 97
- Vergemeinschaftung** 31 ff.
 - Handlungsformen 33
 - Kompetenzgrundlage, s. Gemeinschaftskompetenz
 - Rechtsanwendung 34 ff.
 - Auslegung s. dort
 - In-Kraft-Treten 35 f.
 - Rechtssetzungsverfahren 32
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz** s. Gemeinschaftskompetenz
- Versöhnungsverfahren** s. Rechtshängigkeit
- Versöhnungsversuch** 2, 337
- Vollstreckung** 508
 - s. auch Anwendungsbereich (persönlicher), Außenkompetenz
- Vorabentscheidungsverfahren** 37 ff., 389
 - abstraktes 39
 - konkretes 38

- Wohnsitz** 185, 188 ff., 198, 321, 421, 515
- und domicile s. dort
 - EuGVÜ/EuGVVO 185, 188
 - und gewöhnlicher Aufenthalt 186 ff.
 - internationales Privatrecht 364
 - internationale Zuständigkeit 367
- Zeitpunkt** s. auch perpetuatio fori
- Rechtshängigkeit 218
 - Rechtsmittelinstanz 318
 - Zuständigkeitsvoraussetzungen 211 ff., 227
- Zuständigkeit** s. auch Entscheidungszuständigkeit, internationale Zuständigkeit
- Aufenthalt s. dort
 - domicile s. dort
 - exorbitante 16, 82, 269, 272, 288, 292, 462, 508
 - Gegenantrag s. dort
 - Notzuständigkeit 182
 - örtliche 181 f., 209, 226, 227, 229, 259, 264
 - prozessuale Behandlung 317 ff.
 - Rechtsmittelinstanz 318
 - Staatsangehörigkeit s. dort
 - Umwandlungszuständigkeit s. dort
 - Zeitpunkt, maßgeblicher s. dort
- Zuständigkeitsvereinbarung**
- im autonomen Recht 209
 - in der EheGVVO 209 f., 237

